



Arnold: Alle Hauptschulen in die Weiterentwicklung zur Werkrealschule einbeziehen!

Weiterentwicklung der Hauptschule zur Werkrealschule ist ohne Alternative - Der Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Ulrich Noll, und die schulpolitische Sprecherin, Dr. Birgit Arnold, setzen sich dafür ein, dass alle Hauptschulen im Land in den Prozess der Weiterentwicklung zur Werkrealschule einbezogen werden. „Die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Werkrealschule ist ohne Alternative und wird deshalb von der FDP/DVP-Fraktion unterstützt. Die Werkrealschule darf jedoch nicht neben die bisherigen Schularten treten, sondern muss aus der Hauptschule heraus entwickelt werden. Hierzu ist der Hauptschulbildungsgang um Elemente zu ergänzen, die von Klasse 5 an auf den Werkrealschulabschluss vorbereiten. Gleichzeitig kann so der Hauptschulabschluss erhalten bleiben, was für uns Liberale eine zwingende Voraussetzung der Reform ist“, so Noll und Arnold.

Ein mögliches Vorbild für die Neugestaltung sei das Ländliche Schulzentrum Amtzell, eine Grund-, Haupt- und Werkrealschule. Dort wird insbesondere durch Förderkurse und Lernzeiten ab Klasse 5 ein differenziertes Angebot zur individuellen Förderung geschaffen, das die Schüler neben dem Hauptschulabschluss auf den Werkrealschulabschluss vorbereitet. Entsprechend verlassen zwischen 60 und 70 % der Schüler die Amtzeller Schule mit einem mittleren Bildungsabschluss. Dieses Beispiel zeige auch, dass die Schulen und Kommunen vor Ort die besten Lösungen finden. „Das Land sollte sich auf Rahmenvorgaben beschränken und die Finanzierung sicherstellen. Alles Weitere sollen die Schulen eigenverantwortlich regeln. Haben wir den Mut, ihnen das uneingeschränkt zuzutrauen!“, sagte der Vorsitzende der liberalen Landtagsfraktion. Wichtig sei, dass die zukünftigen Werkrealschulen ein Differenzierungskontingent erhalten, mit dem sie von Klasse 5 an mehr individuelle Förderung betreiben können. „Die Ganztageschule ist auch und gerade für die Haupt- bzw. Werkrealschulen die Schulform der Zukunft. Deshalb muss gewährleistet sein, dass sie alle auf Wunsch Ganztageschulen werden können“, ergänzte Birgit Arnold. Auch in Fragen der zukünftigen Standorte lehnen die Liberalen ein zentral verordnetes Einheitsmodell ab. „Größere Schuleinheiten sind sinnvoll und notwendig, wenn man mehr Möglichkeiten zur individuellen Förderung der Schüler schaffen will. Das ist allen Beteiligten bewusst. Aber auch hier kann vor Ort die bestmögliche Lösung gefunden werden. Die Zweizügigkeit darf nicht zum Dogma erhoben werden, und an der Standortfrage darf die Weiterentwicklung zur Werkrealschule nicht scheitern!“, forderten Noll und Arnold. Die Frage der Zusammenlegung kleiner Standorte müsse den Schulträgern überlassen bleiben. So sei eine Werkrealschule an zwei Standorten durchaus vorstellbar. Stabile einzügige Haupt- bzw. Werkrealschulen, wie sie sich vor allem auch im

ländlichen Raum finden, könnten bestehen bleiben, indem sie beispielsweise in Kooperation mit anderen Standorten ein ebenso weitgehendes Angebot zur individuellen Förderung der Schüler gewährleisten wie einzelne größere Standorte. „Bereits auf Dreikönig dieses Jahres hat die FDP den Ausbau der Leistungsfähigkeit der Hauptschulen durch mehr Möglichkeiten der individuellen Förderung an den einzelnen Standorten beschlossen. Diesen Weg müssen wir konsequent weiterverfolgen, auch um im Zuge gestiegener Ausbildungsanforderungen mehr jungen Menschen einen mittleren Bildungsabschluss zu ermöglichen, ohne dass der Hauptschulabschluss entwertet oder gar aufgegeben wird. Damit besitzen zahlreiche junge Menschen nach wie vor einen guten Abschluss und so eine wichtige Voraussetzung, um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz finden zu können. Die Quote derer, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, muss so niedrig wie möglich bleiben“, so die beiden liberalen Politiker.